

Anhörung zur HOAI am 9. April 2008 beim BMWi

Michael Stein, Vorsitzender der SRL

Um den Eindruck nachvollziehen zu können, der letztlich für die Anhörung maßgeblich war, muss man sich folgende Situation vorstellen: Ein enger Hörsaal, in dem sich eine große Zahl grauer Männer und ganz wenige Frauen in die Bänke klemmen, keine Garderobe, also alles ein bisschen durcheinander. Auf dem Podium Dr. Marx, der schon viele Minister hat kommen und gehen sehen, und die überschwänglich um Freundlichkeit bemühte, aber nichts aussagende Frau Pleuger, die den Novellierungsentwurf verfasst hat.

Einleitend wird deutlich gemacht, dass man zwar eine Reihe von Stellungnahmen habe, aber diese nicht zur Kenntnis genommen habe, sondern auf das gesprochene Wort Wert lege; dabei schimmert unmissverständlich durch, dass Worte Schall und Rauch sind, die Anhörung nur eine Farce, da es sich um die Verbände handele, die sowieso dagegen seien, wenn ihnen Besitzstände genommen werden. Aber, man wolle zuhören, egal, wie lange es dauert (und egal, was gesagt wird).

Nach den ersten Redebeiträgen (BAK, AHO, BInGK) wird seitens des Podiums klargestellt, wie man sich das vorstellt: höflich zu Worte bringen, was man geändert wissen wolle, aber bitte keine Kritik im Ganzen und nicht die Unterstellung, man habe sich zu wenig Mühe gemacht. Auf die Ausführung der BAK, dass man nicht en detail Stellung nehmen wolle, weil der Entwurf en gros unzulänglich sei, wird geantwortet, dass es jedem freistehe, von seinem Rederecht Gebrauch zu machen, man sich dann aber nicht wundern müsse, wenn man nicht gehört würde. So ging es in einem fort: vorne der Lehrer, der alles weiß, auf den Bänken die Pennäler, denen man erklärt, welch Gnade es ist, gehört zu werden.

ZUM INHALT

Die BAK und andere halten sich überwiegend an die Verabredung, nicht zu einzelnen Punkten Stellung zu nehmen. Es wurde gefordert, dass ein Arbeitsgremium mit den Kammern/Verbänden, den anderen Ressorts und dem BMWi bis zum Sommer einen neuen

Entwurf erarbeitet. Und, um nicht den HOAI-Verlust durch Inkrafttreten der Dienstleistungsrichtlinie 2009 befürchten zu müssen, eine Festlegung der HOAI als Inländerverordnung mit Erhöhung der Tafelwerte um 20 %, bis eine systemkonforme Novelle erarbeitet und verabschiedet worden ist.

Das Grimassieren auf dem Podium wurde mit jedem Beitrag, der diese Forderungen aufgriff, breiter: Ein solches Arbeitsgremium könne es nicht geben, da es Sache des Ministeriums sei, den Entwurf vorzulegen und dort hinreichend Sachverstand versammelt sei. Irgendein Gutachten sei kein Grund, die Position des Hauses zu überdenken. Man habe sich mit der EU-Direktion unterhalten und die Frage beantworten müssen, ob die Bauherren hier dümmter seien als in Griechenland, wo es keine HOAI gibt. Man wolle die HOAI auf ihren Mindestregelungsgehalt reduzieren, da jeder Schritt zur Deregulierung die Anerkennung Deutschlands in der EU stärke. Der Gesetzesauftrag laute, das Honorarrecht zu regeln: in der Ermächtigungsgrundlage sei nicht die Rede davon, dass dies in verbindlichen Vorschriften zu tun sei. Seitens des Ministeriums wurde folgendes ins Zentrum gerückt:

EU-Tauglichkeit: Da die EU keine Begründung für die HOAI zulasse außer der Verbraucherschützenden Wirkung, habe man konsequent die HOAI in den Regelungsbereich zurückgedrängt, in dem normale Verbraucher (Häuslebauer) anzutreffen seien.

Geltungsbereich: Da es für die Tätigkeit in Phasen 6 aufwärts alternative Preisvereinbarungsmöglichkeiten gäbe, so ein Bericht aus der Praxis, habe man hier keinen Regelungsbedarf mehr.

Mindestvergütung: Hier sei das Ziel, die Kleinen und Mittleren zu schützen. Ein Ungleichgewicht der Marktteilnehmer sei nicht zu erkennen.

EIN STIMMUNGSBILD

Um 12.30 Uhr kam der Staatssekretär, um Verbindlichkeit bemüht, aber offensichtlich schlecht informiert: Es hat ihm wohl niemand gesagt, dass es eine 13 Jahre währende Diskussion gibt, in der

viele sachdienliche Hinweise und Novellierungsvorschläge vorgelegt wurden. Auch er will sich auf die Forderung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe nicht einlassen, damit nicht der Eindruck der Kungelei entstehe (er kommt aus NRW).

Alles in allem: ein Kasperle-Theater mit Dr. Marx als Haudrauf, Frau Pleuger als die Naive vom Lande und der Staatssekretär als der Grande vom Dienst, der den Herrschaften auf den Bänken über den Kopf streicht und sie bittet zu sagen, was man besser machen solle, damit die Dinge vorangehen.

Im Publikum: einige, die bitten und betteln, den Berufsstand nicht zu Grabe zu tragen; einige, die lieber gar keine HOAI – und schon gar keinen unverbindlichen Anhang haben wollen – als eine solche „Leitplankenverordnung“: wenn Markt, dann richtig (Tiefbauer VUBIC). Viele, die die Baukultur schwinden sehen. Überwiegend aber Disziplin (AHO, BAK, BDA etc.), mit dem Tenor: Darüber kann man nicht verhandeln, das muss neu gemacht werden.

MEIN FAZIT

Wenn es das BMVBS nicht schafft, das Ruder herumzureißen, wird das Ding mit marginalen Änderungen durchgehen. Es sei denn, man kriegt die Länder auf seine Seite oder kann den politischen Prozess in Gang setzen, das Parlament einzuschalten, da der Entwurf nicht von der Ermächtigungsgrundlage gedeckt ist. Also: Die Aktion „Wir sprechen mit unseren Abgeordneten“ muss anlaufen. Mindestens eine oder mehrere parlamentarische Anfragen müssen gestartet werden, was da eigentlich auf den Weg gebracht werden soll: der Ausverkauf des deutschen Mittelstandes!

Aber: Man muss sich dem Thema noch einmal von außen nähern: Was ist eigentlich Existenz sichernd an der HOAI und was ist wirklich das berechtigte Anliegen hinter dem Wunsch, eine Preisordnung zu haben? Die Kollegen haben große Angst, aufwandsbezogen kalkulieren zu müssen und in den Preis- und Leistungswettbewerb einzutreten. Können wir unseren Auftraggebern nicht klarmachen, dass Leistung ihren Preis hat?